

aber jetzt nicht nur seine Neutralität in der Vorbereitung der Saarabstimmung, sondern auch in der Behandlung der Zustände zeigen, die sich im Saargebiet entwickelt haben. Die Deutsche Front hat in einer Denkschrift an den Völkerbund die völlig französische Haltung der Regierungskommission dargestellt und vor allem darauf hingewiesen, daß alle Emigranten und alle marxistisch eingestellten Organisationen das Recht zu Vermählungen und zu Terrorakten haben, während die deutsche Bevölkerung ihrer natürlichen Rechte beraubt wird. Der Völkerbundsrat hat die Pflicht, die Regierungskommission zur Ordnung zu rufen, vor allem, nachdem die verschiedenen separatistischen und marxistischen Organisationen mit Maß Braun an der Spitze in den letzten Wochen in Paris und London gegen eine neutrale Einstellung des Völkerbundes und der Regierungskommission gearbeitet haben. Der Gedanke einer Verschiebung der Saarabstimmung, der in der englischen Presse erörtert wird, ist geradezu grotesk und muß von dem Völkerbundsrat entschieden zurückgewiesen werden, ebenso der Gedanke eine neue angeblich internationale, aber in Wirklichkeit französische Kommission in das Saargebiet zu bringen.

Der Völkerbundsrat wird alle diese Fragen allein entscheiden müssen, wobei es einer deutschen Regierung, die nicht am Staatsstich sibt, wesentlich leichter sein wird, jeden Vorstoß des Völkerbundes gegen die Neutralität zurückzuweisen. Sollte man in Genf etwa auf den Gedanken kommen, eine Abstimmungskommission zu bilden und in diese Kommission auch noch Frankreich zu berufen, dann würde Deutschland außerhalb jeder Tätigkeit im Völkerbund und bei selbstverständlicher Beschränkung der Aufgaben dieser Kommission auf die Durchführung einer neutralen Abstimmung neben Frankreich selbstverständlich an den Arbeiten dieser Kommission beteiligt werden müssen. Das würde nur dem Gesetz der Neutralität, der Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung entgegenstehen. Eine Tätigkeit im Völkerbundsrat ist nicht in Betracht.

Saarseparatisten am Wert.

Saarbrücken. Je näher die Behandlung der Saarfrage im Völkerbundsrat heranrückt, um so enger wird das Treiben der saarländisch-separatistischen und autonomistischen Kreise. Während die deutsche Bevölkerung durch ihre Vertretung, die „Deutsche Front“, ihren Willen in Genf kundgibt, haben die Gegner des deutschen Gedankens allein drei separatistischen verschiedenen Gruppen und Kreise nach Genf geschickt, ohne auch nur den geringsten Bruchteil der Bevölkerung hinter sich zu haben. Besonders auffällig ist die Tätigkeit des sogenannten Separatisten und Führers der Sozialdemokraten im Saargebiet, Maß Braun. Wie die saarbrückische Presse bereits mehrfach meldete, hat Braun in den letzten Wochen sowohl in Genf als auch in Paris und London Vorlesungen im Sinne des separatistischen Gedankens unternommen. Ueber die Absicht der Marxisten und Separatisten konnten nach verschiedenen Versicherungen Brauns in Rumbegeben in Erfahrung gebracht werden, daß diese Absicht eine doppelte ist:

1. Einmal wollen sie in Genf erreichen, daß die Saarabstimmung, die nach dem Versailles Vertrag spätestens im Januar 1935 erfolgen muß, auf mehrere Jahre verschoben wird. Zum anderen sollen verschiedene Mitglieder der Saarregierung, die den Marxisten und Separatisten nicht aktiv genug gegen die deutsche Saarbevölkerung vorgehen, entsetzt werden. In deren Stelle soll in erster Linie der marxistische Jude und Reichsanwalt Dr. Senner aus Saarbrücken treten.

Sender hat schon in mehreren marxistischen Rundgebungen, die bekanntlich im Gegensatz zu den deutschen Veranstellungen von der Saarregierung erlaubt sind, zum Ausdruck gebracht, wie er die saarbrückische Justizverwaltung gegen die deutsch gesinnte Bevölkerung auszubauen gedächte.

Das deutsche Volk an der Saar muß gegen dieses dunkle Treiben der Hintermänner Frankreichs vor aller Welt schärfstens protestieren. Es ist unglücklich, daß einige wenige Verbrecher das Schicksal eines Volkes von 300 000 Menschen auch nur im geringsten beeinflussen. Sind doch die meisten dieser Dunkelmänner, wie vor allem auch Maß Braun, nicht einmal geborene Saarländer, und abtunmungsbegeistert. Es wäre allerhöchste Zeit, daß der Völkerbund das schändliche Treiben solcher Elemente unterbinden würde.

Die Deutsche Front an den Völkerbund.

Erweiterung auf die Denkschrift der Saarregierung.

Saarbrücken. Als Entgegnung auf die Denkschrift der Regierungskommission hat die Deutsche Front dem Völkerbund eine erneute Eingabe zugehen lassen, in der ausdrücklich zu dem von der Saarregierung unternommenen Rechtfertigungsversuch Stellung genommen und die „neutrale“ Politik der Regierung treffend widerlegt wird.

Die Denkschrift der Deutschen Front behandelt zuerst die von der Regierungskommission erwähnten Grenzverhältnisse an der deutsch-saarbrückischen Grenze und weist nach, daß zahlreiche ähnliche Verhältnisse an der saarbrückisch-französischen Grenze stets totgeschwiegen worden seien. Wenn schon diese Tatsache ein Beweis für die

einseitige Stellungnahme der Regierungskommission gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland sei, so seien es noch in weit größerem Umfange die Aufklärung des Notrages der NSDAP und die länderigen Eskaktionen gegen die deutsche Bevölkerung des Saargebietes. So habe man bei deutschen Saarbevölkerung fast alle politischen Versammlungen unmöglich gemacht, während den französischen Autonomen geschlossene Versammlungen erlaubt seien. Darin liege eine

Benachteiligung der meist nicht abtunmungsbegeisterten Autonomen zum Nachteil der fast die gesamte Bevölkerung umfassenden Saarbrückischen, die zu ihrem Vaterlande zurückwollten. Des weiteren müsse man feststellen, daß fast alle Terrorakte, insbesondere Körperverletzungen schwerster Art, von Kommunisten, Sozialisten und Autonomen begangen wurden, während die Nationalsozialisten meist nur wegen Tragens verbotener Uniformteile vor Gericht stünden.

In ihrem Bericht an den Völkerbund habe die Regierungskommission zu erwähnen vergessen, daß alle wichtigen Posten in der saarbrückischen Verwaltung mit Franzosen besetzt

seien. Daher komme es, daß die Regierungskommission und besonders ihr Präsident alles durch die französische Weisheit führen. Die Regierungskommission verkenne jedoch immer noch die Grundlage der seit vierzehn Jahren von den Vertretern der Bevölkerung betriebenen Politik, die nichts

wolle als strengste Durchführung der Disziplin innerhalb der Bevölkerung gegenüber den Gehehen, auch wenn sie noch so rigoros und widerförmig sind.

Die Regierungskommission werde sich damit abfinden müssen, daß sie im Saargebiet eine geschlossene deutsche Bevölkerung zu regieren habe.

Sie müsse sich endlich von dem Glauben freimachen, daß einer für die Rückgliederung an Deutschland stimmenden Bevölkerung auch ein wirklicher Volksteil gegenüberstehe, der für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes oder die Angliederung des Saargebietes an Frankreich stimmen könnte. Sie werde endgültig zugeben müssen, daß die ansässige Bevölkerung des Saargebietes sprachlich und völlig ausnahmslos deutsch ist und zu ihrem deutschen Vaterlande heimkehren will.

Verräter in London am Wert.

Maß Braun, der von Frankreich ausgehaltene saarbrückische Landesverräter, selbstverständlich ist er, wie alle diese Leute, Marxiist, hat sich in diesen Tagen in London aufgeschlagen. Da in London der frühere Reichsorganisationsleiter Völkerrats eine Emigranten- und Verräterzentrale unterhält, liegen die Gründe des englischen Aufenthalts von Maß Braun auf der Hand. Der Landesverräter hat sich dort verstreut, gegen das neue Reich zu arbeiten. Es ist auffällig, daß mehrere englische Zeitungen ungenügend mit der Behandlung kommen, im Saargebiet wären die Verhältnisse nicht so ruhig und stabil, daß die Volksabstimmung, wie im Versailles Vertrag vorgesehen, im Januar 1935 stattfinden könnte. Man kann wohl annehmen, daß diese Informationen von Maß Braun stammen, der genau weiß, welches Schicksal ihm blüht, wenn das Saarvolk wieder zum großen Reich zurückgeführt ist.

Stimmen der Vernunft.

„Notre Temps“, eine Pariser Zeitung, wendet sich gegen die Sache französischer Kreise, die unter Berufung auf die angeblichen Fehler im Saargebiet die Verschiebung der Volksabstimmung fordern. Das Blatt bezeichnet es als Recht und Pflicht des Völkerbundsrats, bereits jetzt an Schutzmaßnahmen für die saarbrückische Minderheit zu denken, aber es könne und dürfe nicht die vertraglich vorgesehene Abstimmung verschieben. In einer so heißen Lage sei die lokale Einbindung der Verträge am zweckmäßigsten und ungefährtigsten. Das Blatt scheint auch die Gerüchte über eine französische Intervention in Genf zur Enttarnung von 4000 Mann internationaler Polizei ins Saargebiet sehr besorgt aufzunehmen, denn es schreibt: „Unser Land scheint an gewissen Lösungen des Saarproblems zu direkt interessiert zu sein, als daß man ohne Gefahr den Eindruck erwecken könnte, es lüde diese Lösungen durch eine Umgehung geordneter Maßnahmen aufzuzwingen.“

Der „Evening Standard“ in London wendet sich sehr deutlich gegen den Versuch einer französischen Saarpromaganda in England. „Das ist eine Frage, die England nichts angeht“, schreibt das Blatt. „Sie soll von Deutschland und Frankreich und den Saarländern unter sich geregelt werden. Wir sind nicht dazu berufen, die 15 Millionen Pfund zu beschließen, die Frankreich in den Saarbergwerken angelegt hat.“ Jedem Vorschlag, daß England die Rolle eines internationalen Polizisten im Saargebiet allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten übernehmen soll, müsse entschlossen Widerstand entgegengesetzt werden.

Das Saarexperiment sei eine Warnung vor der Weltlosigkeit und den Gefahren einer internationalen Einseitigkeit zu vermeiden. Dieses Experiment ist gemacht worden, um die Lösung einer schwierigen Frage aufzuschieben. Aber die Annahme, daß diese Lösung nach 15 Jahren bequemer sein würde, sei bezeichnend für die Völkerbundseinseitigkeit.

Danziger Fragen in Genf

Der Völkerbundsrat begann am Montag seine 78. Tagung. In eine öffentliche Sitzung hat sich eine öffentliche Sitzung des Völkerbundsrats angeschlossen. Die öffentliche Sitzung unter Vorsitz des polnischen Außenministers Beck dauerte nur weniger als zehn Minuten. Von Interesse war lediglich ein Nachruf des Reichspräsidenten für den verstorbenen lanaischen Vertreter Sta-

rens im Völkerbund, Scialoja, der einer der Bäter des Völkerbundspaktes war. Nachdem noch einige gleichgültige Berichte verlesen wurden, wurde die Ratstagung geschlossen. Am Dienstag finden nur Sitzungen des Ratssomitees statt. Die nächste Sitzung des Rates selbst ist auf Mittwoch vor mittig angesetzt. Am Mittwoch soll die Danziger Frage behandelt werden.

Entscheidung des Rates über gewisse die Verfassung Danzigs betreffende Fragen.

Die von dem früheren Völkerbundsrat Rat in Genf noch erbeten worden ist. Die Behandlung dieser Fragen durch den Völkerbundsrat kann dadurch ein gewisses Interesse erhalten, als auch Setzungsverbote und dergleichen durch die Danziger Kommission auf ihre Berechtigung hin geprüft werden sollen. Die gleichzeitige Anwesenheit des polnischen Außenministers Beck und des Senatspräsidenten Marcinowski liegt dabei auch auf der Möglichkeit der direkten Verständigung auf der zwischen Danzig und Polen grundsätzlich verfallenen Linie, wodurch jedes Eingreifen des Völkerbundes überflüssig würde.

Roosevelt über seine Währungspläne.

Keine Inflation beabsichtigt. Washington. Präsident Roosevelt sandte dem amerikanischen Kongress eine Botschaft, worin er diesen um eine zusätzliche Gesetzgebung zur Verbesserung des Finanz- und Währungssystems ersuchte. Das Gesetz soll der Bundesregierung die Befugnis über alles gemünzte und Barrengold, das sich in den Vereinigten Staaten befindet, geben. Die Regierung soll ferner die Befugnis erhalten, Goldminen zu Barren umzuschmelzen. Eine Rückkehr zur Goldausgabe ist nach dem neuen Gesetz nicht beabsichtigt.

Roosevelt ersucht den Kongress ferner um Festsetzung eines Rahmens, innerhalb dessen der Goldgehalt des Dollars herabgesetzt kann, und zwar verlangt er die Möglichkeit der Senkung zwischen 60 und 50 Prozent, anstatt wie bisher zwischen 100 und 50 Prozent. Es soll ferner hierdurch erreicht werden, daß sich die Preise im Inland stabilisieren, und daß der Gehaltsempfänger ein neues Bild seiner Finanzlage bekommt. Der Dollarwert kann also künftig im Inlande nur innerhalb einer Spanne von 10 Prozent schwanken. Aus dem durch die Einziehung des Goldes aus dem Besitz der Bundesbanken zu erwartenden Gewinn, den Roosevelt je nach der Höhe des Denalationsverlustes auf zwischen 3,4 und 4,2 Milliarden Dollar schätzt, soll ein Ausgleichsfonds von 2 Milliarden Dollar gebildet werden. Dieser Fonds soll zur Stabilisierung des Dollars auf den Weltmärkten sowie zur Stützung der Regierungsobligationen dienen, falls diese von Spekulant auf den Markt geworfen werden.

Der Präsident betonte, daß er eine gesunde Währung mit so gut wie vollständiger Kaufkraft anstrebe und keine Inflation beabsichtige. Er brauche den Spielraum zwischen 60 und 50 Prozent, um von Zeit zu Zeit die Währung entsprechend den Preisverhältnissen regulieren zu können.

Schwere Meuterei in bulgarischem Gefängnis.

Im Gefängnis der alten bulgarischen Hauptstadt Tirnovo kam es zu einer schweren Meuterei. Zur Befestigung der republikanischen Meuterei mußte, da die Gefängnisbeamten nicht ausreichten, ein Militärkommando herangezogen werden. Nach heftiger Gegenwehr gelang es, die Meuterei zu überwinden. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Schwerverletzte.

In dem Gefängnis sind über 300 Sträflinge, meist politische Gefangene, untergebracht. Die Meuterei wurde von Kommunisten angezettelt. Auf ein verabredetes Zeichen setzte plötzlich in allen Zellen ein Höllenlärm ein. Die Gefangenen zertrümmerten die Fenster, brachen die Fensterkerze heraus, zerklühten das Mobiliar der Zellen. Dann erbrachen sie die Türen der Zellen und drangen auf die Flure. Die Gefängnisbeamten hielten sich den Meutereuten entgegen. Es entspann sich ein erbittertes Handgemenge. Die Gefängnisbeamten, die in der Minderzahl waren, wurden von den Meutereuten erdrückt. Einem Wachebeamten gelang es im letzten Augenblick, Polizei und Militär zu alarmieren.

Aus dem Kreise und der Provinz

Behandlung aufgehendener Luftballone mit wissenschaftlichen Apparaten

Zur Sicherung der Luftschiffahrt und zu wissenschaftlichen Zwecken werden von verschiedenen meteorologischen Instituten nicht nur deutsche, sondern auch ausländische Registrierballone und Drachen mit oft wertvollen Instrumenten ausgestattet, die die Temperatur und andere Wetterelemente schützig auslesen. Das Wiederfinden solcher Registrierballone ist für die Arbeiter der Institute besonders wertvoll. Die Finder solcher Ballone und Drachen haben die an diesen befindlichen Anweisungen genau zu befolgen. Hierin ist stets die Drahtanschrift oder der Fernruf des in Frage kommenden Instituts enthalten. Dem Finder werden die Unkosten für die Benachrichtigung erlassen. Bei richtiger Behandlung der Instrumente, die genau angegeben ist, erhält der Finder außerdem eine Belohnung. Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Ballone, Drachen sowie die mitgeführten Apparate Staatseigentum sind. Böswillige Beschädigung oder Entwendung wird strafrechtlich verfolgt.

Neuorganisation des Märktischen Interverbandes

Mit dem 1. Januar 1934 ist der bisherige Märktische Interverband als Landesgruppe Brandenburg-Grenzmarke in den Deutschen Interbund eingegliedert worden. Zum Führer der märktischen Inter wurde der bisherige Verbandsvorstand Leher Geisler in Rothau berufen. Er ersetzt im „Märktischen Inter“, der an die Stelle der „Märktischen Bienerzeitung“ getreten ist, einen Wurf, in dem es u. a. heißt: „Die gesamte Bienerzeitung steht in der Landesabstimmung unter dem Vorbehalt nach jeder Richtung hin gebietet. Nur dann, wenn alle Inter sich eintriften, keiner absieht, und alle mitbestimmen an dem Bau des neuen Reiches, dann haben wir Inter unser Teil an dieser Aufbauarbeit mit beigetragen, daß Deutschland wieder aus seinem Elend heraufsteigt. Ich habe den festesten Glauben, daß jeder Inter und jeder Orts- und Bezirksverein sich gern und freudig in den Dienst der Sache stellen und mitarbeiten und mitkämpfen wird. Der Gemeinwohl unseres Führers Adolf Hitler, Gemeinwohl geht vor Eigenwohl, der jetzt wieder zur Richtschnur unseres sittlichen Handelns gemacht worden ist, der

wird auch von jedem Inter als Richt- und Leitsatz für die Zukunft anerkannt werden.“

Die bisherigen 11 Bezirke des Märktischen Interverbandes sind auf 6 Bezirke zusammengelegt worden. Bezüglich der Bundesgenehmigung sehen sich die einzelnen Bezirke wie folgt zusammen: Bezirk 1 aus den Kreisen: Berlin, Ober- und Niederbarnim, Teltow, Storkow, Zülpdorff, Zand-Weißig; Bezirk 2: Die- und Westhavelland, Ruppiner, Die- und Westpreignitz; Bezirk 3: Templin, Prenslau, Angermünde; Bezirk 4: Rostockerberg, Soldin, Uckermark, Friedeberg; Bezirks 5: Zehus, Weiß- und Wittenberg, Züllichau, Cossen; Bezirk 6: Rottbus, Milben, Guben, Sorau, Spremberg, Kallau, Ludau; Bezirk 7: Grenzmark.

Wollschafen für die Winterhilfe.

Der Gau Kurmark hat der Kreislandwirtschaftsleiterin Frau Else Hellmann 500 RM für Wollschaferei. Das Geld ist von der Kreislandwirtschaftsleiterin nach einem bestimmten Schlußel an die einzelnen Orts des Kreises verteilt worden. Nach Fertigstellung der Schaf werden dieselben dem Kreisführer des Winterhilfswerks, Abt. Rostk, Josten, zur Verfügung gestellt, der dann ihre Ausgabe an die Bedürftigen veranlassen und durchzuführen wird.

Der Reichspräsident an die märktische Handwerksammer.

Auf ein von dem Reichspräsidenten von Hindenburg um der Handwerksammer zu Berlin gesandtes Telegramm zum neuen Jahr ging nachfolgende telegraphische Antwort ein: „Für die mir namens des Berliner und märktischen Handwerks dargebrachten Glückwünsche zum Jahreswechsel danke ich herzlich. Ich erwidere sie mit besten Wünschen für die Arbeit der Handwerksammer zu Berlin, von Hindenburg, Reichspräsident und Ehrenmeister des Deutschen Handwerks.“

Tagung der märktischen Innungsführer.

Die Handwerksammer zu Berlin ladet die Führer der Innungen ihres Bezirks zu einer Tagung am Donnerstag, 3. Februar, abends 8 Uhr, im Theateraal der Kammergasse in Berlin stattfinden wird. Auf der Tagung werden die Fragen des Handwerks über Landesbesche, Gemeinwohl, auch aus beruflichem Stande behandelt werden.